

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Dezember 2011



Der erste Schritt zur Besserung?

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion weist Konstruktionsfehler auf: Das stellte Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung am 2. Dezember fest. Zugleich leitete sie daraus die Chance ab, grundlegende Mängel der Wirtschafts- und Währungsunion jetzt zu beseitigen und ihre Fundamente nachhaltig zu stärken. Ziele seien eine engere finanzpolitische Zusammenarbeit der Euroländer im Rahmen einer weitgehend als notwendig angesehenen Fiskalunion und die dazu nötigen Änderungen in den EU-Verträgen.

Das Vertrauen, das die Politik in den vergangenen Jahren – auch bereits vor der Krise – verspielt habe, gelte es zurückzugewinnen. Die Politik habe den Stabilitäts- und Wachstumspakt, der eigentlich für solide Staatshaushalte sorgen sollte, nicht oder nicht vollständig eingehalten. Jetzt herrsche Einigkeit darüber, damit aufzuhören. Zudem müsse ein Verstoß zukünftig Konsequenzen haben: Auch wenn die nationalen Einnahmen und Ausgaben nicht von der EU kontrolliert würden, solle es doch „Durchgriffsrechte“ auf nationale Haushalte geben. Das stelle allerdings keine gemeinsame Haftung dar; ihr erteilte die Kanzlerin eine Absage – genau wie den Eurobonds, also gemeinsamen Anleihen der Eurostaaten.

Wer der Bundeskanzlerin in ihren Ausführungen folgt, könnte fast denken: Einsicht ist der erste Schritt zur Besserung. Wäre da nicht das Gefühl, dass Angela Merkel zwar „die Politik“ schilt, aber die Politiker – zu denen sie selbst ja auch gehört – davon ausnimmt. Damit stellt sie neben „den Markt“ und „die Wirtschaft“ einen weiteren abstrakten Komplex, der anscheinend menschenleer, ohne Übernahme persönlicher Verantwortung, funktioniert. Treffender wäre stattdessen, die Politiker auf ihre Verantwortung gegenüber den Bürgern hinzuweisen: Nicht „die Politik“ muss aufhören, europäische Abkommen zu brechen oder neu auszulegen, sondern die beteiligten Politiker. Fehlt diese Einsicht, helfen auch Vertragsänderungen nicht.

Lars Vogel

Nationale Streusalzreserve

Die „weiße Weihnacht“ kommt vielleicht, die nationale Streusalzreserve ist schon da. Sie war als Konsequenz aus den Lieferproblemen im vergangenen Winter beschlossen worden; damals wurde bundesweit das Streusalz bei den Landesstraßenbetrieben knapp. Das führte dazu, dass auf Autobahnen nur noch eine Fahrspur gestreut wurde oder sogar Vollsperrungen erfolgten.

Die Einlagerung der 100 000 Tonnen als Reserve haben Nordrhein-Westfalen (60 000 Tonnen an drei Standorten) und Sachsen-Anhalt (ein Lager) übernommen. Ausschlaggebend für die Standortwahl war, dass An- und Auslieferung über den Wasser-, Straßen- und Schienenweg gleichermaßen möglich sind.

Alle Bundesländer können laut Bundesverkehrsministerium auf die Reserve zurückgreifen. Allerdings ist sie „ausschließlich für die Bundesautobahnen für den Fall einer konkreten Notlage infolge unzureichender Streusalzbelieferung“ gedacht. Die Kosten für die nationale Streusalzreserve betragen rund 4,2 Millionen Euro und werden vom Bund übernommen.

Im strengen Winter 2010/2011 hatte allein das Land Nordrhein-Westfalen 226 000 Tonnen Streusalz verbraucht; im vergleichsweise milden Winter 2006/2007 wa-

ren es knapp 50 000 Tonnen. Im vergangenen Jahr wurden bundesweit 1,3 Millionen Tonnen Streusalz auf den Autobahnen eingesetzt, insgesamt wurden in der letzten Wintersaison 4,5 Millionen Tonnen Streusalz auf Deutschlands Straßen verstreut.

<http://goo.gl/mg8cp>

Stromverbrauch für das Internet

Der Stromverbrauch von Informations- und Kommunikationstechnik betrug im Jahr 2007 rund 55 Milliarden Kilowattstunden und entsprach damit 10,6 Prozent des gesamten Stromverbrauchs in Deutschland. Das teilte die Bundesregierung in der Bundestagsdrucksache 17/7472 – unter Bezugnahme auf Studien der Fraunhofer-Institute – mit. Schätzungen zufolge wird sich der Strombedarf für die Internet-Nutzung bis zum Jahr 2020 etwa verdoppeln. Politisch vorgegebene Ziele hinsichtlich der Verringerung des Energiebedarfs in der Informations- und Kommunikationstechnik gebe es derzeit nicht.

<http://goo.gl/yvcYp>

Gebremster Weihnachtseinkauf

Anders als im Vorjahr wollen sich die Verbraucher beim Geschenkekauf zurückhalten. Im Durchschnitt sinken die geplanten Ausgaben um neun Prozent, von 233 Euro für Weihnachten 2010 auf 213 Eu-

ro für das Fest in diesem Jahr. Die geplanten Ausgaben sinken dabei in den neuen Bundesländern stärker als in den alten. Besonders stark – um knapp ein Viertel – kürzt die Gruppe der 55- bis 65-Jährigen ihr Weihnachtbudget: Während bei ihnen im vergangenen Jahr noch 278 Euro für Geschenke zu Buche schlugen, sollen es 2011 nur noch 215 Euro sein. Am wenigsten beschneidet das Budget, wer 65 Jahre und älter ist: Diese Altersgruppe plant lediglich eine Kürzung von zwei Prozent.

Wie in den Vorjahren sind Frauen etwas spendabler als Männer: Sie wollen diesmal 214 Euro ausgeben, die Männer planen 211 Euro für Geschenke ein. Während Frauen vor allem Geld für Bücher, Kosmetika und Spielwaren ausgeben wollen, zeigt sich das „starke Geschlecht“ bei Schmuck und Unterhaltungselektronik überdurchschnittlich ausgabenfreudig. Bei der Auswahl der Geschenke spielen Qualität und Funktionalität eine große Rolle, die Marke ist dagegen nebensächlich.

<http://goo.gl/K8rBg>

Geschenke-Hitliste

Angaben in Prozent*

Bücher	62
Gutscheine/Geld	53
Kleidung	46
CD/DVD	42
Spielwaren	41
Lebensmittel/Süßigkeiten	40
Kosmetika	33
Unterhaltungselektronik	29
Konzerte/Theater u.ä.	27
Schmuck	23

* Mehrfachnennungen möglich
Quelle: Ernst & Young

Schlussbetrachtung 2011

Das Jahr geht seinem Ende entgegen, der Infobrief für den Monat Dezember steht an: Zeit für die Im-Klartext-Redaktion, noch einmal auf das Handeln der Regierenden in den vergangenen Monaten zu blicken und zu schauen, wie sich politisches Tun oder Lassen auf die Soziale Marktwirtschaft ausgewirkt haben.

Aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben sich drei Grundziele: Arbeitsplätze in ausreichender Zahl, die Möglichkeit zur eigenverantwortlichen Lebensführung und wertbeständiges Geld. Die Im-Klartext-Redaktion beobachtet und wertet die Entwicklungen in diesen drei Bereichen Monat für Monat.

Arbeitsmarkt: Eher positiv

Immerhin: In der Rubrik Vollbeschäftigung gab es vorwiegend Positives zu berichten, die offizielle Zahl der Menschen ohne Arbeit sank von 3,3 Millionen zu Jahresbeginn 2011 auf 2,7 Millionen im November. Da die Arbeitsmarktstatistik sogar bei der Unterbeschäftigung abnehmende Tendenz zeigt – dort sind Arbeitslose erfasst, die arbeitsmarktpolitische Fördermaßnahmen absolvieren, sogenannte Arbeitsgelegenheiten haben oder arbeitslos und älter als 58 Jahre sind, offiziell aber nicht als arbeitslos gelten –, gab es dafür drei uneingeschränkt positive Wertungen.

Der Begriff Unterbeschäftigung ist aber auch der Grund, dass in fünf Fällen die Wertung Plus/Minus vergeben wurde: Durch Änderungen an der Zählweise fallen Tausende Arbeitsuchende aus der offiziellen Arbeitslosenstatistik. Das führt dann in Presse

und Politik zu unangemessenen Jubelmeldungen, wonach die aktuelle Zahl arbeitsloser Menschen die niedrigste seit zwanzig Jahren sei. Bewusst oder unbewusst wird außer Acht gelassen, dass die Arbeitsmarktstatistik der 1990er Jahre mit der aktuellen Statistik aufgrund der Änderungen nicht ohne Weiteres zu vergleichen ist.

Vier negative Wertungen gab es im laufenden Jahr, weil trotz aller Anstrengungen der Spitzenverbände der Wirtschaft und der Bundesregierung – sie kooperieren im „Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland“ – die Situation der jungen Erwachsenen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt weiterhin unbefriedigend war. 17 Prozent in der Altersgruppe der 20- bis 29-Jährigen sind ohne abgeschlossene Ausbildung. Das ist inakzeptabel für ein Land, das sich als „Bildungsrepublik“ versteht.

Schrumpfende Eigenverantwortung

Unternehmenspleiten und Immobilien-Zwangsversteigerungen sind 2011 zurückgegangen, Wunschvorstellungen der Politiker – zum Beispiel in Bezug auf „richtige“, weil vermeintlich umweltverträglichere Autos – spielten bei den Verbrauchern eine

untergeordnete Rolle. Dafür wurden drei positive Beurteilungen vergeben. Der Wertustropfen bei den sinkenden Zahl der Zwangsversteigerungen: Die Verfahrensdauer bei den Amtsgerichten kann sich auf bis zu drei Jahre ziehen – Plus/Minus lautete daher ein Befund.

In acht Fällen allerdings gab es das Prädikat Minus. Ob mehr Privatinsolvenzen oder verdoppelte Beiträge in der freiwilligen Arbeitslosenversicherung für Selbständige, ob Diskrepanzen zwischen Erwartung und Realität bei den Alterseinkommen oder die zunehmende Zahl ruhend gestellter oder gar gekündigter privater Rentenverträge: Die Eigenverantwortung ist gesunken. Bedenklich ist, dass sowohl staatliches Handeln – siehe Arbeitslosenversicherung für Selbständige – als auch persönliche Fehleinschätzungen des Einzelnen ursächlich für die überwiegend negativen Voten waren.

Geldwert und Kaufkraft schwinden

Ein einziges Plus verzeichnete die Rubrik Geldwertstabilität in diesem Jahr; das positive Urteil bezog sich auf die Unabhängigkeit der Bundesbank. Drei Mal Plus/Minus wurde fällig, weil Konsumenten und Sparer zwar sorgfältig



„Ich glaube, wir können voller Stolz sagen, dass es gelungen ist, dass Deutschland aus dieser Krise stärker herausgekommen ist, als es in sie hineingekommen ist. Das hat ein Stück weit mit einer wirklich gut funktionierenden Sozialen Marktwirtschaft zu tun.“
Angela Merkel

tiger und risikobewusster agierten, das verfügbare Einkommen aber durch staatliche Maßnahmen oder Wettbewerbsverzerrungen geschmälert wurde.

Die auch in dieser Rubrik überwiegenden negativen Beurteilungen – immerhin acht – gab es, weil steigende Staatsverschuldung, sinkende Realeinkommen und schrumpfende Verzinsung bei Spar- und Versicherungsverträgen zu verzeichnen waren. Für den Einzelnen ist letztlich unerheblich, ob er Kaufkraft verliert, weil die Preise steigen, ob er sich weniger leisten kann, weil Ersparnisse durch staatliche Eingriffe schrumpfen, oder ob der leichtfertige Umgang von Banken, Versicherungen oder Fondsgesellschaften mit dem Ersparnissen für Einbußen sorgt.

2011: Besser oder schlechter?

Die Erkenntnis aus den monatlichen Teilbetrachtungen: Die Negativeinschätzungen überwiegen einmal mehr, auch 2011 war kein gutes Jahr für die Soziale Marktwirtschaft. Das mag überraschen, denn dieser Befund widerspricht eklatant dem Resümee von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Sie hat im Oktober in einer schönen Broschüre mit dem Titel „Fortschritt für Deutschland“ auf 16 Seiten festgestellt: „Nachhaltiges Wachstum, Bildungschancen für alle und Zusammenhalt in Deutschland und Europa – diesen zentralen Leitlinien will und wird die Bundesregierung auch weiterhin folgen... Der Aufschwung kommt bei den Menschen an.“

Aus Sicht der Regierungskoalition aus CDU, CSU und FDP ist der optimistische Blick verständlich. Immerhin wurde im Verlauf des Jahres vieles angestoßen und trotz unterschiedlicher Perspektiven der Koalitionäre manches auf den Weg gebracht: Energiewende, Förderung der Elektromobilität, Rettungspakete für Euro-Nachbarn, und anderes mehr.

Staatliche Intervention

Weitere Projekte sind zudem schon im Fokus der Bundesregierung: Mit einem Fünfjahresprogramm will sie die Wachstumskräfte in Deutschland weiter stärken. Ziele der Anfang November im Koalitionsausschuss gefassten Beschlüsse sind: kleinere und mittlere Einkommen steuerlich stärker entlasten; Betreuungsleistungen für Pflegebedürftige verbessern; Betreuungsgeld für Kinder unter drei Jahren einführen; hoch qualifizierte ausländische Arbeitskräfte anwerben; Verkehrsinfrastruktur verbessern.

Flankierend würden der Schuldenabbau auf jeden Fall vorangetrieben und die Schuldenbremse streng eingehalten. Wichtig sei, so Bundeskanzlerin Merkel, dass „wir hier in Deutschland wie in Europa alles tun, was unsere Innovationsfähigkeit stärkt, dass wir in Bildung und Forschung investieren“. Alles ist also bestens, die Bundesregierung sieht sich auf einem guten Weg. Nur die Nörgler aus der Im-Klartext-Redaktion vermiesen die vorweihnachtliche Stimmung? Doch möglicherweise ist das

Gespür der Bürger für die Diskrepanzen zwischen politischer Vorstellung und Alltagsrealität feiner als gemeinhin angenommen: Der Kurs der Bundesregierung wird zumindest zwiespältig bewertet. Auf der einen Seite stimmen 58 Prozent der Befragten einer Infratest-Umfrage zufolge eher der Aussage zu, das schwarz-gelbe Kabinett habe angesichts des Ausmaßes der Probleme den Überblick verloren. Andererseits trauen fast ebenso viele (54 Prozent) der Bundesregierung zu, mit der Krise fertig zu werden.

In derselben Umfrage lässt sich nachlesen, dass die Sorge der Bürger vor einer Verschärfung der Euro- und Finanzkrise im Dezember zunimmt. Derzeit glauben 84 Prozent, dass der schlimmste Teil der Krise noch bevorsteht; das ist im Vergleich zum Vormonat ein Plus von zwei Punkten. Vergleicht man die Ergebnisse der monatlich stattfindenden Deutschland-Trend-Befragung, dokumentiert dieser Wert ein neues Rekordhoch.

Wunsch und Realität

Politik will gestalten, und sie gestaltet durch Gesetze, Richtlinien und Verordnungen. Die Politik beansprucht auf diese Weise mehr und mehr Kompetenzen. In der Folge muss dann immer mehr kontrolliert und gegebenenfalls korrigiert werden. Erfahrungsgemäß sind weitere Eingriffe damit programmiert. Ein Blick auf die Website des Bundesministeriums der Justiz (www.gesetze-im-internet.de) zeigt: Allein im November 2011 wurden 24 Re-

gelungen inkraft gesetzt: die „Siebenundfünfzigste Verordnung zur Änderung der Kosmetik-Verordnung“ ebenso wie das „Gesetz zur Änderung des Seesicherheits-Untersuchungs-Gesetzes und zur Änderung sonstiger schifffahrtsrechtlicher Vorschriften“ oder das „Gesetz zur Änderung des Energiebetriebene-Produkte-Gesetzes“.

Die Regierenden stecken in einer Interventionsfalle: Jeder staatliche Eingriff – so gut er gemeint sein mag – zieht weitere Eingriffe nach sich. Die Gängelung nimmt zu, Unsicherheit und Unzufriedenheit der Bürger wachsen. Doch durch staatliche Intervention lassen sich Wachstum und Wohlstand nicht dauerhaft erreichen. Jeder Staatseingriff bedeutet, der politische und bürokratische Apparat schwingt sich zum tonangebenden Oberbefehlshaber auf, der Bürger wird zum Befehlsempfänger obrigkeitlicher Vorgaben, mit den Worten von Ludwig Erhard: zum „sozialen Untertan“.

Das Ziel von Wirtschaftspolitik ist – zumindest, wenn sie als Soziale Marktwirtschaft im Sinne von Ludwig Erhard verstanden wird –, jedem Einzelnen die Entscheidung zum Handeln in allen Lebenslagen zu lassen. Wirtschaftsförderung für vermeintliche Zukunftstechnologien, Umverteilungen aller Art sowie Rettungspakete hier und dort sind keine an Freiheit und Verantwortung orientierte Politik. Von Sozialer Marktwirtschaft ist Deutschland mit einem solchen Verständnis von Wirtschaftspolitik weit entfernt.

Andreas Schirmer



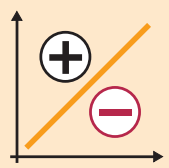
„Keine Regierung und keine Bataillone
vermögen Recht und Freiheit zu schützen,
wo der Bürger nicht imstande ist,
selber vor die Haustüre zu treten und nachzusehen, was es gibt.“

Gottfried Keller

IM KLARTEXT

Dezember 2011

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im Dezember 2011

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung



Am 30. September 2011, dem Ende des aktuellen Berufsberatungsjahres, standen 29 700 unbesetzte Lehrstellen rund 11 600 unversorgten Bewerbern gegenüber, wie die Ausbildungspakt-Partner mitteilten. Innerhalb von zehn Jahren habe sich der Überhang damit mehr als verdoppelt.

Allerdings: Die Pakt-Partner zählen 65 200 Jugendliche als „versorgt“, die mit Bewerbungstrainings, Einstiegsqualifizierungen und Praktika ins Berufsleben starteten. Mitte

November waren laut Bundesagentur für Arbeit außerdem noch 48 600 Bewerber gemeldet, die weiterhin, erneut oder erstmalig einen Ausbildungsplatz zum sofortigen Eintritt suchen. Zudem ist die Zahl der Menschen ohne abgeschlossene Ausbildung im Alter von 20 bis 29 Jahren mittlerweile auf 1,5 Millionen angestiegen – immerhin rund 17 Prozent dieser Altersgruppe.

Eigenverantwortung



Die Bundesregierung würde gern 1,5 Milliarden Euro für energetische Sanierung und energieeffizienten Neubau von Häusern ausgeben.

Trotz milliardenschwerer Fördermaßnahmen haben sich die Eigentümer bislang aber bei der „energetischen Gebäudemodernisierung“ zurückgehalten. Pro Jahr seien lediglich 0,8 Prozent von den 15,6 Millionen Wohngebäuden im Land saniert worden, die bis 1995 errichtet wurden; das wurde vom Institut Wohnen und Umwelt ermittelt. Nach dem Willen der Bundesregierung soll die Quote auf wenigstens zwei Prozent pro Jahr steigen. Allerdings

Energieverbrauch

Anteil der Haushalte* in Prozent



* am Endenergieverbrauch
Quelle: AG Energiebilanzen

räumte die Regierung Ende November 2011 ein (Bundtagsdrucksache 17/7689), nicht genug über die tatsächlichen Sanierungsquoten zu wissen.

Geldwertstabilität



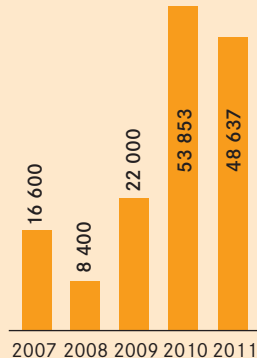
Die Finanzkrise verunsichert zwar, hindert die Verbraucher aber nicht daran, Weihnachtsgeschenke zu kaufen: Sie wollen für knapp 14 Milliarden Euro einkaufen und zusätzlich Geld in Höhe von 2,1 Milliarden Euro verschenken. Auch 2012 wollen die Deutschen nicht weniger einkaufen, der private

Konsum soll – bei sinkender Inflationsrate – weiter steigen.

Diese frohe Botschaft geht aus einer Umfrage der Nürnberger Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) hervor. Die GfK wurde 1935 gegründet – einer von drei Gründern war Ludwig Erhard –, um „die Stimme des Verbrauchers zum Klingen zu bringen“. Die GfK-Statistiker wollen von dieser Stimme vernommen haben, dass die Schuldenkrise die Kauflaune erst recht beflügelt. Das Vertrauen in Banken und andere Finanzinstitutionen ist stark gesunken, das Geld wird lieber für den Konsum ausgegeben und in Anschaffungen mit nachhaltigem Wert angelegt.

Auszubildende

noch, erneut und neu Suchende



jeweils November
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Weihnachtsgeschäft

Geschätzter Umsatz*

Spielwaren	1,76
Kleidung	1,64
Gutscheine	1,39
Unterhaltungselektronik	0,80
Schmuck/Uhren	0,75
Kosmetik/Parfum	0,66
PC/Notebooks	0,44
CD/DVD	0,23

* in Milliarden Euro
Quelle: GfK

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
Redaktion: Andreas Schirmer · Foto: CDU (innen); picture-alliance
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard